

Die zweite Anfrage steht unter dem Betreff: „**Noch immer kein MOBS in Sicht?**“ Die Anfrage ist unterzeichnet von den Abgeordneten Fecker, Frau Dr. Mohammadzadeh, Dr. Güldner und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen.

Bitte, Herr Kollege Fecker!

Abg. **Fecker** (Bündnis 90/Die Grünen): Wir fragen den Senat:

Erstens: Welche Gründe haben dazu geführt, dass der Mobile BürgerService, MOBS, im Stadtteil Osterholz trotz Abschluss der Strukturuntersuchungen im Stadtamt bisher nicht wieder eingerichtet wurde?

Zweitens: Wann ist mit einer endgültigen und langfristigen Etablierung des MOBS in Osterholz zu rechnen?

Drittens: Plant der Senat, die Personalausstattung des MOBS vollständig aus Personalressourcen des Stadtamts zu erbringen?

Präsident Weber: Diese Anfrage wird beantwortet von Herrn Staatsrat Münch.

Staatsrat Münch: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Für den Senat beantworte ich die Anfrage wie folgt:

Zu den Fragen 1 bis 3: Nach Abschluss der Organisationsuntersuchung muss das Stadtamt Bremen zunächst zentrale Veränderungen in der Aufbau- und Ablauforganisation der BürgerServiceCenter umsetzen, bevor weitergehende Projekte in Angriff genommen werden können. Die Wiedereinführung des Mobilen BürgerService kann auf Grundlage der Ergebnisse aus dem Modellversuch Mitte des Jahres 2014 in Angriff genommen werden.

Das Angebot kann langfristig etabliert werden, wenn die Nachfrage nach diesen Leistungen dauerhaft und auf ausreichendem Niveau besteht. Angeboten wird dann ein Service vor Ort für An- und Ummeldungen sowie Pass- und Ausweisangelegenheiten. Die Frage der entsprechenden personellen Voraussetzungen wird zurzeit geklärt. - Soweit die Antwort des Senats!

Präsident Weber: Herr Fecker, haben Sie eine Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. **Fecker** (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Staatsrat, können Sie bitte kurz benennen, wann das Projekt der Strukturuntersuchung abgeschlossen war und was bisher passiert ist?

Präsident Weber: Bitte, Herr Staatsrat!

Staatsrat Münch: Das Projekt endete Ende Februar dieses Jahres. Nach Abschluss dieses Projektes und Vorlage der Abschlussberichte haben wir die endgültigen Entscheidungen im Lenkungsausschuss im August getroffen und seither parallel dazu auch Verabredungen mit der Senatorin für Finanzen zur Herstellung von Rahmenbedingungen für den gesamten Umbauprozess im Stadtamt, der insgesamt über 600 Empfehlungen umfasst.

Wir haben jetzt einen Kontrakt, der die finanziellen und personellen Rahmenbedingungen für die nächsten Jahre beschreibt, sodass wir jetzt sagen können, auf dieser Basis ist ein Umbau zumindest in Bezug auf die Rahmenbedingungen auch gesichert.

Präsident Weber: Herr Kollege, haben Sie eine weitere Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. **Fecker** (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Staatsrat, vielleicht stelle ich mir das ein bisschen naiv vor, aber ich weiß, dass es viele Baustellen innerhalb des Stadtamts gibt, die relativ große Bereiche betreffen. Beim Mobilen BürgerService nehme ich an, dass wir von relativ wenig Personaleinsatz und eigentlich von einer relativ schnellen Umsetzbarkeit ausgehen. Können Sie kurz schildern, welcher Personalbedarf damit verbunden ist?

Präsident Weber: Bitte, Herr Staatsrat!

Staatsrat Münch: Der Personalbedarf ist nicht so riesig, das ist so. Es hängt davon ab, dass Freiwillige vorhanden sind, weil das ganze Modell auf Personalberechnungen ohne Wegezeiten beruht. Die Mitarbeiter des Stadtamtes müssen also damit einverstanden sein, dass sie vor Ort ihre Dienstzeiten beginnen und auch beenden. Das heißt, man braucht Freiwillige. Das ist das eine.

Zweitens, man benötigt eine Unterstützung zu den Öffnungszeiten, weil die Mitarbeiter mit einem relativ hohen Besucheraufkommen auch fertig werden müssen. Man benötigt räumliche Bedingungen, und man benötigt noch ein paar Infrastrukturbedingungen, die aber nicht sehr groß sind.

Es gibt aber eine Logik von Veränderung, die eingehalten werden muss. Es ist so, dass man, bevor man solche Optimierungsansätze beginnt, zunächst einmal auch in der Struktur Bedingungen schaffen muss, damit die Mitarbeiter auch eine Orientierung haben, Unsicherheiten beseitigt sind, das heißt, es müssen Aufbaustrukturbedin-

gungen stehen, es müssen Führungspositionen besetzt sein, und dann folgt die Optimierung. Diese Logik wollen wir einhalten, und die wollen wir auch beim MOBS einhalten. Deshalb haben wir ihn nicht vorgezogen.

Präsident Weber: Herr Kollege, eine weitere Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. **Fecker** (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Staatsrat, vor Einstellung des Mobilen BürgerService war die Situation so, dass eher Mitarbeiter des Stadtamtes und des Ortsamtes eingesetzt waren. Ist ein ähnlicher Mix auch für die Zukunft geplant?

Präsident Weber: Bitte, Herr Staatsrat!

Staatsrat Münch: Wir haben auf dieser Basis die Berechnungen im Projekt durchgeführt, ob es einen Mehrbedarf gibt, den man letztendlich kalkulieren müsste. Es gibt keinen Mehrbedarf, wenn man solch einen Mix macht. Das war das Projektergebnis auf der personellen Ebene, Freiwilligkeit vorausgesetzt, wie ich es eben geschildert habe. Ob wir das so darstellen, darüber sind wir gerade im Gespräch mit den Beteiligten, also sowohl mit dem Ortsamt als auch mit der Senatskanzlei. Deshalb haben wir diese Frage zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht definitiv beantwortet. Es finden noch Gespräche statt, aber rechtzeitig vor dem Einführungsstermin müssen wir das endgültig geklärt haben.

Präsident Weber: Herr Staatsrat, eine weitere Zusatzfrage des Abgeordneten Rohmeyer! - Bitte, Herr Abgeordneter!

Abg. **Rohmeyer** (CDU): Herr Staatsrat, es ist ja schon lange her, dass in der Stadtbürgerschaft das Thema MOBS in Osterholz zur Sprache kam, und es ist noch länger her, dass Ihr Ressort diesbezüglich Versprechungen gemacht hat. Wie sicher kann sich denn der Stadtteilbeirat Osterholz sein, dass der von Ihnen genannte Termin Mitte des Jahres 2014 dieses Mal ernst gemeint ist?

Präsident Weber: Bitte, Herr Staatsrat!

Staatsrat Münch: Ich habe dies Herrn Schlüter schriftlich mitgeteilt und auch die Voraussetzungen, die wir bis dahin schaffen müssen. Insofern verstehe ich es als ein gemeinsames Projekt des Ortsamtes und des Senators für Inneres. Die Bedingungen, die wir jetzt noch herstellen müssen, sind klar, sind allen Beteiligten klar, und jetzt haben wir sie abzarbeiten.

Präsident Weber: Herr Kollege, eine weitere Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. **Rohmeyer** (CDU): Wie hoch schätzen Sie denn als Leiter der Behörde die Chance der Umsetzbarkeit ein, wenn Sie sagen, es gibt ja noch verschiedene Dinge, die bis dahin umzusetzen sind?

Präsident Weber: Bitte, Herr Staatsrat!

Staatsrat Münch: Es ist so, dass wir die räumlichen und technischen Bedingungen geklärt haben. Wir wissen auch aus dem Projekt, dass die Nachfrage vor Ort groß genug sein wird, sodass man auch sagen kann, das Angebot ist wirtschaftlich zu erstellen. Wir müssen die personellen Bedingungen noch klären, und wir müssen am Ende den Personalrat mitnehmen. Dazu müssen wir möglichst früh jetzt auch das Paket endgültig beschreiben. Das ist, wie gesagt, sowohl Aufgabe beim Ortsamt als auch bei uns. Ich halte es für realistisch, dass wir das auch so auf die Beine stellen, wenn wir all diese Hürden genommen haben.

Präsident Weber: Herr Kollege, eine weitere Zusatzfrage?

(Abg. Rohmeyer [CDU]: Zu gegebener Zeit, wenn absehbar ist, ob der Staatsrat sein Wort hält oder nicht!)

Weitere Zusatzfragen liegen nicht vor.

Die dritte Anfrage wurde vom Fragesteller zurückgezogen.

Die vierte Anfrage verlangt vom Senat Auskunft über eine eventuelle **Trinkwassergefährdung in Blumenthal**. Die Anfrage trägt die Unterschriften der Abgeordneten Imhoff, Frau Neumeyer, Röwekamp und Fraktion der CDU.

Bitte, Herr Imhoff!

Abg. **Imhoff** (CDU): Wir fragen den Senat:

Wie bewertet der Senat die Kurzfassung des Gutachtens des Büros für Umwelt- und Rohstoffgeologie Oldenburg zur Neuausweisung des Trinkwasserschutzgebietes Blumenthal?

Ist das Trinkwasser in Blumenthal durch die Grundwasserverschmutzung aus dem Tanklager Farge gefährdet?